

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anschlag Nr. 23.

Bestellungen für den Anzeiger für das Erzgebirge nehmen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis 10 Pf. — Anschlag Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 141

Sonntag, den 20. Juni 1926

21. Jahrgang

Herriot am Ruder.

Belands Bemühungen gescheitert.

Paris, 18. Juni. Briand hat, nachdem er sich von der Aussichtslosigkeit seiner Bemühungen, das Ministerium auf breiter Basis mit Poincaré und Herriot als hauptsächlichsten Stützen zustande zu bringen, übergeben mußte, heute nachmittag das Rennen aufgegeben. Er hat sich um 3 Uhr nachmittags nach dem Elisee begeben, um dem Präsidenten der Republik mitzuteilen, daß seine Versuche gescheitert seien, daß er deshalb auf den Auftrag der Neubildung der Regierung verzichten müsse. Herr Doumergue hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen und darauf Herriot mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut, die dieser angenommen hat.

Auch er soll keinen Erfolg haben.

Paris, 18. Juni. Ueber den Stand der Regierungskrise schreibt die „Alberte“, man habe in der Kammer den Eindruck, daß auch Herriot mit der Kabinettsbildung keinen Erfolg haben werde, nicht nur deshalb, weil er als Führer des neuen Ministeriums nicht geeignet sei, sondern weil er auch die Haufe der ausländischen Devisen gegen sich haben werde. Herriot würde namentlich bei Briand, der keine Katastrophenkombination ermutigen könne, auf Schwierigkeiten stoßen ebenso bei Doumergue. Es sei zu erwarten, daß nach Herriot wiederum Briand mit der Kabinettsbildung betraut werden wird.

Das große Aergernis.

Von Dr. jur. Wrecht Graf Montgelas.

Millionen rechtlich denkender Deutscher befinden sich in schwerer Bewußtseinsnot. Eine Frage ist ihnen zur Entscheidung vorgelegt worden, wie sie in dieser Form ihnen nie hätte vorgelegt werden dürfen. Es bleibt ihnen nur die Wahl, entweder gegen ihr gefühlsmäßiges Rechtsempfinden für die entschuldigungslose Entgegnung der ehemals regierenden Familien zu stimmen, oder — gleichfalls gegen ihr klares Gefühl, daß sie damit der Unrechtheit und den Unehrlichen dienen — die Entgegnung abzulehnen. Wäre die Wahl in die Hand gegeben, die Entgegnung abzugeben, nur der Strubellose, entzieht sich der Entscheidung, die er sich selbst und seinem Volke schuldig ist.

Und weil es Gewissensnot ist, in die das Volk gebracht worden, deshalb heißt es Anklage erheben. Nie hätte es zu dieser Frage so kommen dürfen, und die Anklage richtet sich gegen die Reichsregierung in erster Linie. Sie trifft die schwerste Schuld. Sie hat hier vollständig versagt. Von jedem Direktor einer Aktiengesellschaft verlangen seine Aktionäre, daß er Konjunkturverhältnisse, Schwierigkeiten frühzeitig erkennt, die Gesellschaft nicht in unheilvolle Situationen hineingeraten läßt. Dafür erhält er sein hohes Gehalt. Beamte, die interne Verordnungen erlassen, Details ausarbeiten, das Personal anweisen, die kann man billiger haben.

Die Reichsregierung hat, als es noch Zeit war, nichts getan, um dem Volk die Entscheidung, wie sie ihm jetzt vorliegt, zu ersparen. Das aber konnte man von einer Regierung, die nicht ein bloßes „Beamtenministerium“ zu sein den Ehrgeiz hat, verlangen. Von allen, die es ehrlich mit dem Volke meinen, von allen vor allem auch, die es ehrlich mit dem Volksstaat meinen, ist es immer wieder gesagt, geschrieben, hinausgerufen worden, daß ein Weg gefunden werden müsse, wie es sein Recht finden könne, ohne zum Unrecht gezwungen zu sein. Die Regierung hat sich damit begnügt, auf weglosem Feld ein Schild aufzupflanzen mit der Aufschrift: „Dieser Weg ist kein Weg.“ Sie hat die Verantwortung gescheitert, sie hat dem Reichstag die „Initiative“ überlassen, dadurch überhaupt schon viel Zeit verloren und bei diesem Reichstag alle Zeit verschwendet.

Sie hat dadurch erneut bewiesen, daß sie das Wesen demokratischer Führerschaft nicht erfährt hat oder zum mindesten, daß sie der Aufgabe der demokratischen Führerschaft nicht gewachsen ist. Noch etwas anderes hat sich selber gezeigt. Gewiß ist die staatsrechtliche Befugnis des Reichspräsidenten streng umschrieben. Aber das Lob „einer Monarchie wie in England“, wo der König einen großen Einfluß haben kann, wenn er ein bedeutender Mann ist, dieses Lob stammt doch aus Monarchistenmund. Es auf den Präsidenten des Deutschen Reiches anzuwenden, ist uns Republikanern mehr nur als gutes Recht. Daher schlimm genug, daß dem Kanzler nichts Besseres einfiel, als jene „Wegtafel“, bedauerlich, daß der Reichspräsident nicht auf Ausstellung eines Wegweisers drang, aber bedrückend, daß er sich jene Wegtafel auch noch in die Hand geben ließ. Aber unerträglich, daß er mit ihr nun besteht. Und unausstehlich, daß es der Dreiklassenwahlrechts-Löcher war, der sie ihm aufbrachte!

So liegt die Schuld vor dem 20. Juni. Und nun spricht alles plötzlich von der Schuld, die jene auf sich laden, die am 20. Juni sich den Weg selbst wählen müssen. Man erlähmt Aufrufe gegen Raub, Dabgier, Neid, Undankbarkeit und Scheuheit. Suggestiert dem, der ohnedies in schwerem Bewußtseinskonflikt, daß er ein niederträchtiges Subjekt, ein Förderer des sozialen Chaos, ein Verbrecher am bürgerlichen Staat, ein Verräter der Demokratie sei, wenn er den deutschen nationalen Parolen nicht folgt, wenn er anders entscheidet als sie, denen Volksstaat und Demokratie, Bürgerrecht und soziale Großherzigkeit — soziale Gerechtigkeit genügt schon längst nicht mehr — ein Spott oder bestenfalls ein unverständliches und unverständliches Exempel bedeuten.

Nein, so klar die Schuld vor dem 20. Juni — die Schuld derer, die durch maßlose Forderungen den Volksentscheid auf sich und auch auf ihre Stabesgenossen heraufbeschworen, und die Schuld der Regierung und der Parteien, die eine andere Lösung nicht gefunden haben — so klar diese Schuld, so schwierig wird die Frage nach Recht oder Unrecht am Tag des Volksentscheids.

Nur ein Unrecht gibt es an jenem Tag: sich von der Entscheidung zu brüden. Im politischen Kampf der Parteienorganisationen gibt es Taktik und muß es Taktik geben. Aber sie ist wie in jedem anderen Kampf die Sache der Führer. Es ist Taktik, wenn die Sozialdemokratie sich für den Volksentscheid einsetzt, wenn die Rechtsparteien Stimmenthaltung empfehlen, wenn die demokratische Parteileitung die Abstimmung frei gibt. Das Volk kann keinen Sinn für Taktik haben. Hat auch keinen. Wer in diesen Tagen mit Menschen aus allen Lebenslagen und Berufsständen gesprochen, weiß, daß das Volk in diesem Falle auf die verschiedenen Taktikparolen gar nicht hört. „Was soll ich machen?“ „Wie soll ich stimmen?“ Jeder fragt es den anderen, ein Beweis, daß jeder es sich selbst gefragt hat.

Und diese Zweifel will man mit Schlagworten abtun? Von „Volksempfinden“, von „Dobst“, von „gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“? Nein, so liegen die Dinge nicht. Schon lange nicht mehr! Sie liegen nur dann verhältnismäßig einfach, wenn man auf das Feldgeschrei der Monarchisten hört. Dann wird dem Republikaner die Wahl kaum schwer.

Neuer Staatsstreich in Portugal.

Paris, 18. Juni. Nach einer Habasmeldung aus Lissabon besetzten revolutionäre Truppen gestern Abend alle Ministerien. Gleichzeitig wurde der Belagerungszustand verhängt. General Gomez Costa zwang Major Cabecadas zu seinen Gunsten auf die Ministerpräsidentenschaft und auf das Ministerium des Innern zu verzichten. Es herrscht vollkommene Ruhe.

General Gomez Costa betonte in einer Erklärung, daß die gegenwärtige Bewegung rein republikanischen Charakter trage. Der Finanzminister ist zurückgetreten und durch einen General ersetzt worden. Major Philomeno Tamara übernahm das Ministerium des Innern. Der Finanzminister, der Minister des Innern und der Minister des Äußeren bildeten ein Triumvirat.

Fälschung ungarischer Notifizierungstempel auf Kriegsanleihen.

Budapest, 18. Juni. Den Blättern zufolge führten die polizeilichen Erhebungen in Angelegenheit Fälschungen ungarischer Notifizierungstempel auf Kriegsanleihen zu dem Ergebnis, daß es sich um eine Aktion handelt, die in der Tschechoslowakei ihren Ursprung hat, von wo aus die mit falschen Stempeln versehenen Zertifikate nach Ungarn eingeschmuggelt wurden. Nach Blättermeldungen habe eine Gesellschaft von Tschechoslowaken große Mengen auf den tschechoslowakischen Staat entfallender Kriegsanleiheobligationen in der Tschechoslowakei aufgelöst und der tschechischen Notifizierung entzogen. Nach Abwicklung der Notifizierungsaktion in Ungarn wurden dorthin Agenten entsandt, die mehrere Exemplare ungarischer Notifizierungstempel beschafften und mit diesen nach der Tschechoslowakei zurückkehrten, wo sie dann auf Grund der Obligationen die ungarischen Stempel nachahmten. Mit Hilfe dieser falschen Stempel wurden dann die ursprünglich auf die Tschechoslowakei entfallenden Kriegsanleiheobligationen mit falschen ungarischen Notifizierungstempeln versehen.

Aufdeckung einer Verschwörung in der Türkei gegen Kemal Pascha.

Konstantinopel, 18. Juni. In Smyrna wurde eine gegen den Staatspräsidenten Mustafa Kemal Pascha gerichtete Verschwörung entdeckt. Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Die Verschwörung gegen Mustafa Kemal wurde unmittelbar vor der Ankunft des Präsidenten in Smyrna aufgedeckt. Unter den Verhafteten befinden sich einige höhere Persönlichkeiten. Die Polizei beschlagnahmte Waffen und Bomben. Der Hauptverschwörer soll ein ehemaliger Abgeordneter sein.

Die Franzosen leiten eine neue Offensive in Marokko ein.

Paris, 18. Juni. Wie Habas aus Rabat meldet, haben französische Truppen nordöstlich von Wessan zur Einleitung einer größeren Offensive das Massiv von Ain Lahsen und mehrere benachbarte Höhen besetzt. Auch von anderen Frontabschnitten, besonders aus der Gegend von Taza wird ein Wiederaufleben der Kampftätigkeit gemeldet.

Einigung über das Schicksal Abd el Arims?

Paris, 18. Juni. Wie das Petit Journal zu wissen glaubt, haben sich die spanische und die französische Vertretung auf der Pariser Marokkokonferenz darüber geeinigt, daß Abd el Rim, da er sich den Franzosen ergeben habe, auf französischem Gebiete verbleiben werde.

Zusammenstoß in Berlin.

Berlin, 18. Juni. Zu einer größeren Schlägerei kam es heute Abend gegen 10 Uhr zwischen Mitgliedern der Rechtsparteien und Reichsbannerleuten sowie Rotfrontkämpfern am Halleschen Tor, wo von den Linksparteien starke Wahlpropaganda betrieben wurde. Die Kravalle zogen sich bis zum Blücherplatz hin, wo dann eine Radfahrerstreife und das alarmierte Ueberfallkommando der Schutzpolizei eingriffen und die Kämpfenden auseinanderbrachten, wobei mehrere Verhaftungen erfolgten.

Blutiger Zusammenstoß in Halle.

Halle, 19. Juni. Als gestern Abend einige Lastautos mit Stahlhelmlenten durch die Stadt eine Propagandafahrt machten, trafen sie in dem Vorort Blücher auf einen geschlossenen Zug Roter Frontkämpfer. Diese brängten die letzten Autos ab und bewarfen die Stahlhelmlente mit Backsteinen, die die Stahlhelmlente wieder zurückwarfen. In dem Kampf wurden auch Hauslaternen mit Nägeln als Waffen gebraucht. Schließlich drängte ein Polizeiaufgebot die Ruhestörer ab. Auf Seiten der Stahlhelmlente wurden 23 Personen verletzt, von denen 5 bis 6 schwere Verwundungen davontrugen. Die Verletzten auf Seiten der Kommunisten konnten nicht festgestellt werden.

Senatswahl in Lübeck.

Lübeck, 18. Juni. In der heutigen Würgerstimmungs wurde zum hauptamtlichen Senator der Demokrat Eckhoff mit 36 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Fraktion der Haus- u. Grundbesitzer gewählt. Auf Staatsrat Dr. Lange entfielen 34 Stimmen der bürgerlichen Parteien. Zum nebenamtlichen Senator wurde der bisherige Fraktionsvorsitzende der Fraktion der Haus- und Grundbesitzer Rechtsanwalt Dr. Geißler mit 35 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten und seiner Fraktion gewählt. Von bürgerlicher Seite war Eschenburg vorgeschlagen worden, auf den 34 Stimmen entfielen. Die Kommunisten gaben bei der Abstimmung weiße Stimmzettel ab.

Die Hetze gegen Severing.

Unwahre Behauptungen.

Berlin, 18. Juni. In der Abendausgabe vom 17. d. M. behauptete die „Kreuzzeitung“, daß Minister Severing auf Grund der Ablehnung einer Einleitung des Reichsbanners zu einer Fahnenweihe durch einen Landrat einen Runderlaß an alle Landräte herausgegeben habe, in dem die Landräte darauf hingewiesen worden seien, daß sie die Teilnahme an Reichsbanner-Veranstaltungen nicht ablehnen dürften. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, sind diese Behauptungen der „Kreuzzeitung“ un wahr. Der Landrat von Hannover-Münden hatte im Juli v. J. eine Einladung zu einer Fahnenweihe des Reichsbanners abgelehnt mit der Begründung, daß er wegen der ausgesprochenen innerpolitischen Einstellung des Reichsbanners sich die Teilnahme an einer Feter verlagen müsse. Derselbe Landrat hatte jedoch drei Wochen vorher einer Fahnenweihe eines dem Ruffhäuserbund angehörenden Militärvereins beigewohnt. Daraufhin sandte Minister Severing an den Regierungspräsidenten einen Erlass, in dem es u. a. heißt: „Der politische Beamte hat klar und entschieden für die Republik einzutreten und kann dort, wo es sich offensichtlich um eine Veranstaltung zur Stärkung des republikanischen Gedankens handelt, eine Beteiligung als Ehrengast nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Unparteilichkeit in solchen Dingen ablehnen. Das Verhalten des Landrats ist daher völlig unverständlich und verdient scharfe Mißbilligung.“ Weiteres ist nicht erfolgt.